

Regierung Albig setzt unnötigen Marsch in den **Schuldenstaat** fort

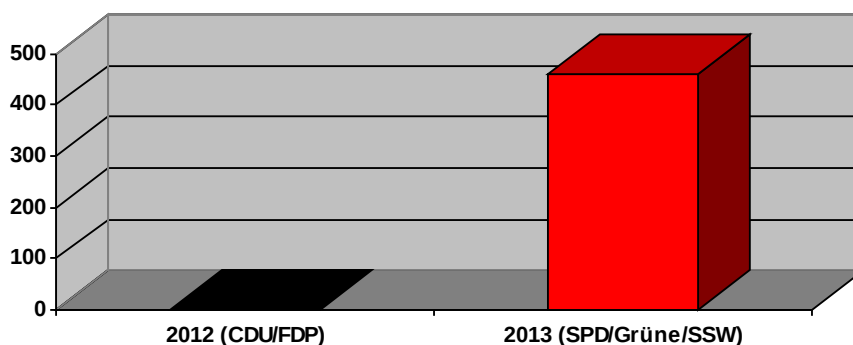
SPD, Grüne und SSW machen wieder mehr Schulden

Die neue Landesregierung unter Ministerpräsident Torsten Albig will 2013 wieder neue Schulden in Höhe von 461 Millionen Euro machen. Schleswig-Holsteins Schulden sind auf über 28 Milliarden Euro angewachsen. Wir geben schon heute jedes Jahr mehr Geld für Zinsen und Beamtenpensionen aus, als für Schulen, Kindergärten und die Polizei zusammen. Jeder achte Euro wird für Schuldzinsen ausgegeben – Tendenz steigend. So darf es nicht weiter gehen.

2012 zeigt: Es geht auch ohne immer neue Schulden

Der Jahresabschluss 2012 zeigt: Es geht auch anders. Engagierte Kürzungen der CDU-geführten Vorgängerregierung haben die Ausgaben des Landes gesenkt. Hinzu kamen hohe Steuereinnahmen aufgrund eines guten Wirtschaftswachstums und niedrige Zinssätze. So wurde erstmals in 40 Jahren die „schwarze Null“ erreicht. Das ist kein Selbstzweck: Wir alle wollen in Zukunft lieber mehr Geld für Schulen und Kindergärten ausgeben als für Zinsen.

Neuverschuldung in Millionen Euro



Trotz Rekorderinnahmen und niedrigen Zinsen kommt Albig mit dem Geld nicht aus

Diese wichtigen und richtigen Beschlüsse dreht die neue Regierung jetzt zurück. 2013 sind die Steuereinnahmen auf Rekordniveau, die Zinsen erreichen Niedrigststände. SPD, Grüne und SSW kommen mit dem Geld der Steuerzahler trotzdem nicht aus. Und sie gefährden die gute Wirtschaftsentwicklung durch arbeitsplatzfeindliche Gesetzgebung. Die zusätzlichen Schulden nehmen zukünftigen Generationen jeden Spielraum. Die Kinder von heute werden morgen für diese Fehlentscheidungen büßen müssen.

